



**Stadt
Luzern**

Stadtrat

Bericht und Antrag

an den Grossen Stadtrat von Luzern
vom 20. April 2011 (StB 371)

B+A 8/2011

Abschreibung von Motionen und Postulaten

**Vom Grossen Stadtrat
mit Änderungen beschlossen am
30. Juni 2011
(Definitiver Beschluss des Grossen Stadt-
rates im Anhang 4 am Schluss dieses Do-
kumentes)**

Inhaltsverzeichnis	Seite
I. Abzuschreibende Motionen und Postulate	3
II. Verlängerung der Erledigungsfrist	11
1. Verlängerung um ein weiteres, zweites Jahr	11
2. Verlängerung um ein weiteres, drittes Jahr	13
3. Verlängerung um ein weiteres, viertes oder zusätzliches Jahr	14
III. Antrag	16
 Anhang 1	 18
In Anhang 1 sind diejenigen Vorstösse aufgeführt, für welche der Stadtrat gemäss Art. 87 Abs. 2 lit. a. des Geschäftsreglements des Grossen Stadtrates der Geschäftsprüfungskommission einen begründeten Antrag, die Erledigungsfrist um ein Jahr zu verlängern, stellt.	
 Anhang 2	 20
Anhang 2 enthält der Übersicht halber diejenigen Vorstösse, die mit einem anderen vom Stadtrat verabschiedeten Bericht und Antrag speziell behandelt werden.	
 Anhang 3	 21
Anhang 3 enthält diejenigen Motionen und Postulate, für die noch kein Abschreibungsantrag gestellt werden kann bzw. muss.	

Der Stadtrat von Luzern an den Grossen Stadtrat von Luzern

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

I. Abzuschreibende Motionen und Postulate

Der Stadtrat unterbreitet Ihnen unter Hinweis auf Art. 87 Abs. 4 des Geschäftsreglements des Grossen Stadtrates von Luzern eine Aufstellung überwiesener Motionen und Postulate, für die er Ihnen Abschreibung beantragt:

1. Postulat 200 (2000–2004), Beat Züsli und Lotti Marti-Schindler namens der SP-Fraktion sowie Cony Grünenfelder und Peter Muheim namens der GB-Fraktion, vom 15. April 2002 (überwiesen am 30. Januar 2003):

Quartierentwicklung im Gebiet der Industriestrasse

Anhand der Entwicklungsmöglichkeiten von sogenannten Schlüsselarealen gemäss BZO-Revisionsentwurf wurde eine umfassende Studie „Steghof“ erarbeitet. Auf dieser Basis ist zurzeit ein Wettbewerbsverfahren Baufeld Industriestrasse ausgeschrieben.

2. Postulat 332 (2000–2004), Peter Henauer namens der SP-Fraktion, vom 15. Dezember 2003 (überwiesen am 3. Juni 2004):

Zukunftsorientierte Planung der Veloabstellplätze für die Universität Luzern

Die Stadt Luzern war im Planungsverfahren des Uni-Neubaus involviert und hat sich betreffend Veloabstellplätzen für eine ästhetische Lösung in qualitativer und quantitativer Hinsicht eingesetzt. Mit dem überwiesenen Postulat 18, Luzia Vetterli namens der SP/JUSO-Fraktion und Korintha Bärtsch namens der G/JG-Fraktion, vom 10. Februar 2011: „800 attraktive Veloparkplätze für die Universität“ hat der Stadtrat von Luzern den Auftrag erhalten, sich beim Kanton erneut einzusetzen, dass genügend gut gelegene Veloabstellplätze realisiert werden. Eine entsprechende Lösung wurde gefunden und als Auflage in der Baubewilligung festgehalten. Konkret wird bei der Uni aufgrund der optimalen Erschliessung mit dem öffentlichen Verkehr vorerst auf die Erstellung von ungefähr 200 wenig attraktiven Veloabstellplätzen verzichtet. Bei einer allfälligen weiteren Nachfrage müssen diese jedoch durch den Kanton erstellt werden.

3. Postulat 361 (2000–2004), Ruedi Schmidig namens der GB-Fraktion, vom 10. März 2004 (überwiesen am 30. September 2004):

Mehr Sicherheit auf den Strassen rund um das St.-Karli-Schulhaus

Das zur Ausführung vorgesehene Projekt ist in Realisierung.

4. Postulat 25 (2004–2008), Andreas Merkel, Einwohnerrat Littau, namens der SVP-Fraktion, vom 15. April 2005 (überwiesen am 22. März 2006):

Fussgänger- und Fahrradunterführung Bahnhof Littau

Das Projekt einer Fussgänger- und Fahrradunterführung im Bereich Bahnhof Littau wurde in die Planungsarbeiten der Umfahrungsstrasse integriert. Aus Kostengründen wurde es nicht in den durch die Littauer-Stimmberechtigten 2009 genehmigten Ausführungskredit aufgenommen. Dementsprechend wurde das Projekt auch nicht in die Investitionsplanung der Stadt einbezogen. In Anbetracht der knappen Investitionsmittel ist eine Realisierung nicht möglich.

5. Motion 53 (2004–2009), Peter Henauer namens der SP-Fraktion und Christa Stocker Odermatt namens der GB/JG-Fraktion, vom 18. April 2005 (überwiesen am 24. November 2005):

Erstellung eines Veloabstellkonzepts für die Universität Luzern

Die Stadt suchte zusammen mit SBB und Kanton nach der besten Lösung. Entsprechende Auflagen sind in der Baubewilligung für die Uni enthalten.

6. Postulat 56 (2004–2009), Christa Stocker Odermatt namens der GB/JG-Fraktion und Peter Henauer namens der SP-Fraktion, vom 21. April 2005 (überwiesen am 3. November 2005):

Einführung eines Qualitätsmanagementsystems für eine effiziente und wirkungsorientierte Velopolitik in der Stadt Luzern

Die Förderung des Langsamverkehrs mit entsprechenden Mitteln ist eine wichtige Massnahme im Agglomerationsprogramm. Die Umsetzung der Massnahmen hat begonnen. Bestandteil der Massnahmen ist auch das Monitoring des Gesamtverkehrs, welches als wesentlichen Bestandteil den Langsamverkehr beinhaltet.

7. Postulat 96 (2004–2009), Christa Stocker Odermatt namens der GB/JG-Fraktion und Peter Henauer namens der SP-Fraktion, vom 21. September 2005 (überwiesen am 16. März 2006):

Einbahnstrassen im Hirschmattquartier für den Veloverkehr öffnen

Das Anliegen wurde geprüft. Momentan können aus Sicherheitsgründen keine weiteren Einbahnstrassen im Hirschmattquartier für den Veloverkehr geöffnet werden.

8. Postulat 97 (2004–2009), Christa Stocker Odermatt namens der GB/JG-Fraktion, vom 21. September 2005 (überwiesen am 16. März 2006):

Bruchquartier vom Verkehr entlasten – Wohnqualität verbessern

Aufgrund des Postulats wurden 2008 zahlreiche Massnahmen zusammen mit dem Quartierverein und betroffenen Betrieben diskutiert und beschlossen. Dazu gehören: Fahrverbot Schützenstrasse, Rückversetzung der verbotenen Einfahrt an der Gibraltarstrasse bis zur Schützenstrasse, Rechtsabbiegeverbot für Last- und Gesellschaftswagen von der Baselstrasse in die Bruchstrasse, Rechtsvortritt anstelle eines Stopp-Signals an der Bruchstrasse, bei der Einfahrt in die Gibraltarstrasse, Fussgängerschutzinsel im Einmündungsbereich der Bruchstrasse in die Baselstrasse.

Eine weitere Entlastung des Quartiers erfolgte mit der Anpassung des Parkierungsregimes im Sommer 2009, indem die Parkplätze der blauen Zone in weisse Parkplätze mit einer 24-Stunden-Bewirtschaftung umgewandelt wurden. Damit stehen auch in den Ausgangsnächten keine Grasparkplätze mehr zur Verfügung.

Eine Besprechung mit dem Verantwortlichen des Quartiervereins im Oktober 2010 hat ergeben, dass im Moment keine weiteren Diskussionen über Lenkungsmassnahmen im Bruchquartier als notwendig erachtet werden.

9. Postulat 186 (2004–2009), Esther Simon und Mitunterzeichner, Einwohnerrat Littau, namens der CVP-Fraktion, vom 18. März 2009 (überwiesen am 25. Juni 2009):

Zufahrtsstrasse Wabco Servicecenter Mercedes Benz

Am 22. Februar 2011 wurde ein neuer, aktueller Vorstoss zu dieser Thematik eingereicht. Es handelt sich um das Postulat 155, Markus Helfenstein namens der CVP-Fraktion, vom 22. Februar 2011: „Zufahrt Mercedes-Servicecenter Unterwilrain, Stadtteil Littau“. Das Anliegen wird im Rahmen der Beantwortung des Postulats neu geprüft.

10. Postulat 247 (2004–2009), Markus Mächler namens der CVP-Fraktion, vom 1. März 2007 (überwiesen am 13. Dezember 2007):

Eigenes Bauholz bei öffentlichen Bauten

Wie bereits in der Stellungnahme des Stadtrates vom 19. September 2007 zur Motion ausgeführt, ist der StR bestrebt, eigenes Holz als Baustoff im Rahmen des gesetzlich Zulässigen vermehrt einzusetzen. Eigenes Holz kann und wird vermehrt für die neuen Holzschnitzelfeuerungen (Hubelmatt, Stadtgärtnerei, SH Maihof) eingesetzt. Der Stadtrat ist der Ansicht, dass damit dem Anliegen entsprochen wird.

11. Postulat 261 (2004–2009), Marcel Lingg, vom 29. März 2007 (überwiesen 26. April 2007):
Zukunft Bahntrasse Zentralbahn nach Tieflegung

Konzeptionelle Überlegungen wurden bereits vor der Abstimmung vom 24. Februar 2008 vorgelegt. Die Projektierungsarbeiten an der Langsamverkehrsachse sind in Gang. Auf den Zeitpunkt der Stilllegung des heutigen zb-Trassees wird eine Fuss-/Radwegverbindung realisiert.

12. Motion 266 (2004–2009), Edith Lanfranconi-Laube und Christa Stocker Odermatt namens der G/JG-Fraktion, vom 16. April 2007 (als Postulat überwiesen am 24. Januar 2008):
Orientierung und Fortbewegung im Stadtraum für Menschen mit Behinderung

Die Fussgängerübergänge sind weitgehend behindertengerecht ausgeführt, ebenso die Haltestellen des öffentlichen Verkehrs. Bei Umgestaltungen und Erneuerungen wird die Fachstelle für behindertengerechtes Bauen konsultiert. Das Anliegen ist also aufgenommen bzw. in eine Daueraufgabe übergegangen.

13. Postulat 309 (2004–2009), Christa Stocker Odermatt namens der G/JG-Fraktion und Dominik Durner namens der SP-Fraktion, vom 4. September 2007 (überwiesen am 17. April 2008):
Tempo 30 rund um die Schulhäuser der Stadt Luzern

Tempo 30 wurde bei den Schulhäusern, in deren Umfeld dies möglich ist, realisiert. Bei diversen anderen Schulhäusern ist Tempo 30 aufgrund der Klassierung des angrenzenden Strassennetzes nicht möglich bzw. sinnvoll. Hier wurden aber entsprechende bauliche Massnahmen und Anpassungen an Lichtsignalanlagen zur Gewährung der Verkehrssicherheit umgesetzt.

14. Postulat 324 (2004–2009), Sonja Döbeli Stirnemann namens der FDP-Fraktion, vom 3. Oktober 2007 (überwiesen am 24. Januar 2008):
Weckt den Göttersee aus dem Dornröschenschlaf

Das Anliegen ist – soweit der Stadtrat für dessen Umsetzung zuständig sein kann – unbestritten. Entsprechende Schritte sind eingeleitet: Die Studie der Firma Metron liegt vor. In einem nächsten Schritt erstellt der Verein Naturarena Rotsee im Jahr 2011 ein Vorprojekt, das von Stadt, Kanton und Gemeinde Ebikon mitfinanziert wird. Auf dieser Basis sind dann weitere, auch politische Entscheidungen einzuleiten.

15. Motion 367 (2004–2009), Philipp Federer namens der G/JG-Fraktion, vom 25. Februar 2008 (als Motion teilweise überwiesen am 25. September 2008):

Kommunaler Verkehrsrichtplan Stadt Luzern

Das Reglement für eine nachhaltige städtische Mobilität wurde durch die Stimmberechtigten der Stadt Luzern gutgeheissen. Basierend auf diesem Reglement wird momentan das Monitoring Gesamtverkehr aufgebaut und die Leitlinien Verkehrsplanung werden überarbeitet. Im Rahmen der BZO-Revision wurden die vorhandenen Teilrichtpläne zudem zu einem Richtplan Verkehr für die Stadt Luzern zusammengefasst.

16. Postulat 420 (2004–2009), Dominik Durrer und Ylfete Fanaj namens der SP-Fraktion, Claudia Portmann-de Simoni und Josef Burri namens der FDP-Fraktion sowie Hans Stutz und Monika Senn Berger namens der G/JG-Fraktion, vom 2. Juli 2008 (überwiesen am 29. Januar 2009):

Die Planung an der Industriestrasse unverzüglich angehen

Anhand der Entwicklungsmöglichkeiten von sogenannten Schlüsselarealen gemäss BZO-Revisionsentwurf wurde eine umfassende Studie „Steghof“ erarbeitet. Auf dieser Basis ist zurzeit ein Wettbewerbsverfahren Baufeld Industriestrasse ausgeschrieben.

17. Postulat 432 (2004–2009), David Roth namens der SP-Fraktion, vom 4. September 2008 (überwiesen am 7. Mai 2009):

Buslinie vom Schlossberg Luzern nach Emmen

Der Zweckverband ÖVL hat die Prüfung der Zweckmässigkeit einer solchen Buslinie übernommen. Der Stadtrat hat sich für die Überprüfung eingesetzt. Der Verkehrsverbund Luzern als Nachfolgeorganisation arbeitet zurzeit im Rahmen des Projektes AggloMobil Due an einer Optimierung des Agglomerationsverkehrs und wird entsprechend über eine Buslinie vom Schlossberg nach Emmen zu befinden haben.

18. Postulat 442 (2004–2009), Liv Lussi und Taisha Amacher namens des Kinderparlaments (Bau-team), vom 25. September 2008 (überwiesen am 4. Juni 2009):

Pausenplätze der Schulhäuser Schädri, Würzenbach und Büttenen

Das Kinderparlament hat an seiner Sitzung vom 30. März 2011 einstimmig anerkannt, dass die geleisteten Massnahmen bei den Schulhäusern Würzenbach, Schädri und Büttenen seinen Wünschen entsprechen und das Postulat somit erfolgreich umgesetzt worden ist.

19. Postulat 444 (2004–2009), Yves Holenweger namens der SVP-Fraktion, vom 6. Oktober 2008 (teilweise überwiesen am 4. Juni 2009):

Tiefere Preise für Strom, Wasser und Gas in Luzern

Die Hauptforderungen des Postulats sind, soweit sie vom Stadtrat entgegengenommen wurden, erfüllt:

- Die Dividende von ewl an die Stadt ist 2010 erstmals von 12,5 auf 15,5 Mio. Franken erhöht worden. Auch 2011 sollen 15,5 Mio. Franken an die Alleinaktionärin Stadt Luzern ausbezahlt werden.
- ewl schreibt das Stromnetz kein zweites Mal auf Kosten der Stromkundinnen und Stromkunden ab. Die Umsetzung der Bewertungsvorschriften der neuen Stromgesetzgebung hat zwar zu einem höheren Wert des Elektrizitätsnetzes geführt, die Abschreibungen auf dieser Aufwertung führten jedoch zu keiner Erhöhung des Strompreises.

20. Postulat 473 (2004–2009), Katharina Hubacher namens der G/JG-Fraktion, Dominik Durrer namens der SP-Fraktion und Rolf Krummenacher, vom 27. Januar 2009 (überwiesen am 3. September 2009):

Erneuerbare Energie für die Stadt Luzern

Die Stadt kauft seit dem Jahr 2010 die gleiche Menge Ökostrom, wie sie ewl neu zusätzlich an Dritte verkauft (Luzerner Wasserstrom, Luzerner Solarstrom und „100-Prozent-Erneuerbar“; Stand ewl-Geschäftsbericht) für ihre stadteigenen Gebäude und Anlagen. Die Rechnung für das Jahr 2010 beträgt Fr. 11'985.65. Die Stadt wird dies so lange tun, bis die im Postulat geforderten Mengen erreicht sind.

21. Postulat 503 (2004–2009), Rolf Krummenacher namens der FDP-Fraktion, vom 23. März 2009 (überwiesen am 2. April 2009):

Kantonale Steuergesetzrevision 2011 und Starker Kanton mit starker Stadt

In seiner Antwort zum Postulat erklärte sich der Stadtrat bereit, das Postulat entgegenzunehmen. Gleichzeitig wies er darauf hin, dass dank verschiedener Aktivitäten, die bis zum Zeitpunkt der Beantwortung erfolgt waren, die Forderungen des Postulats bereits erfüllt seien, weshalb es abgeschrieben werden könne. Das Parlament folgte dieser Argumentation weitgehend, stellte aber fest, dass ein Punkt im Zusammenhang mit der geplanten Strategie noch offen sei, weshalb einer direkten Abschreibung nicht zugestimmt wurde. Tatsächlich hatte der Stadtrat in der Antwort zu diesem Punkt festgehalten, es sei noch zu früh, bereits festzulegen, welche Leistungen im Rahmen des geplanten Sparpakets gestrichen oder reduziert werden sollen. Mit den Aussagen in der Gesamtplanung 2011-2015, vor allem aber mit den Bericht zum Sparpaket (B 41/2010) ist nun aber auch diese Forderung des Postulats vollumfänglich erfüllt.

22. Postulat 537 (2004–2009), David Roth und Ylfete Fanaj namens der SP-Fraktion, vom 9. September 2009 (überwiesen am 14. Januar 2010):
Jugendarbeitslosigkeit bekämpfen – Lehrabgängerinnen und Lehrabgänger weiterbeschäftigen

Die Stadt Luzern beschäftigt Lernende nach dem Lehrabschluss weiter, sofern sie keine Stelle gefunden haben. Der Anstellungsvertrag wird um jeweils 6 Monate verlängert bis max. 2 Jahre.

23. Postulat 551 (2004–2009), Dominik Durrer, Luzia Vetterli und David Roth namens der SP Fraktion, vom 11. November 2009 (teilweise überwiesen am 29. April 2010):
Kulturpolitik in der Stadt Luzern: Rettet den Kulturkompromiss

Es handelt sich um einen Dauerauftrag der Abteilung Kultur und Sport. Soweit es spezifisch um die Frigorex-Nutzer geht, wurden Massnahmen im Rahmen des Möglichen getroffen (siehe Kunsthalle). Der Dialog mit den betroffenen Nutzern wird laufend geführt.

24. Postulat 555 (2004–2009), Martin Merki namens der FDP-Fraktion, vom 1. Dezember 2009 (überwiesen am 29. April 2010):
Die Betriebskosten der Salle Modulable müssen finanzierbar sein

Es wird auf das Ende 2010 veröffentlichte Gesamtkonzept verwiesen. Das Projekt ist zurzeit nicht aktiv, da die private Finanzierung ungelöst ist.

25. Postulat 8 (2010–2012), David Roth namens der SP/JUSO-Fraktion und Edith Lanfranconi-Laube namens der G/JG-Fraktion, vom 12. Januar 2010 (überwiesen am 25. März 2010):
Instandsetzung des Kulturraums UG

Die sicherheitstechnischen Verbesserungen (gemäss B+A 44/2009) sind umgesetzt. Die Nutzung des Kulturraums UG ist gewährleistet. Das Betriebskonzept durch das Luzerner Theater ist neu definiert und genehmigt. Der Kulturraum UG ist für das Luzerner Theater eine wichtige Spielstätte. Eine Zusammenarbeit mit weiteren Kulturschaffenden und Schulen wird immer wieder eingegangen. Somit ist auch eine Nutzungsvielfalt gewährleistet. Der Stadtrat ist der Ansicht, dass damit dem Anliegen der Motionäre entsprochen wird.

26. Motion 15 (2010–2012), Albert Schwarzenbach namens der CVP-Fraktion und Dominik Durrer namens der SP/JUSO-Fraktion, vom 29. Januar 2010 (überwiesen am 29. April 2010):
Der Stadtrat soll weitere Standorte in der Stadtregion prüfen – so zum Beispiel die „Emmenweid“ in Emmen

Es wird auf das Ende 2010 veröffentlichte Gesamtkonzept verwiesen. Die geforderte Prüfung ist im Rahmen der Arbeiten am Gesamtkonzept vorgenommen worden. Das Projekt ist zurzeit nicht aktiv, da die private Finanzierung ungelöst ist.

27. Postulat 18 (2010–2012), Luzia Vetterli namens der SP/JUSO-Fraktion und Korintha Bärtsch namens der G/JG-Fraktion, vom 10. Februar 2010 (überwiesen am 4. März 2010):

800 attraktive Veloparkplätze für die Universität

Entsprechende Auflagen sind in der Baubewilligung für die Uni enthalten. Zudem wird der Stadtrat dem Parlament im Sommer 2011 einen Bericht und Antrag für die Erneuerung und Erweiterung der Velostation am Bahnhof unterbreiten.

28. Postulat 46 (2010–2012), Luzia Vetterli und Luzia Mumenthaler-Stofer namens der SP/JUSO-Fraktion, vom 1. April 2010 (überwiesen am 24. Juni 2010):

Berücksichtigung weicher Faktoren beim Projekt Starke Stadtregion

Der Schlussbericht der ersten Projektphase zu den Abklärungen „Verstärkte Kooperation“ oder „Fusion“ liegt vor. Darin wurden phasengerecht auch Aussagen zu den „weichen Faktoren“ gemacht.

29. Postulat 66 (2010–2012), Werner Schmid und Urs Wollenmann namens der SVP-Fraktion, vom 14. Mai 2010 (überwiesen am 16. Dezember 2010):

Stopp dem projektierten neuen Verkehrsregime am Schlossberg – dem Quartier und den Bewohnern zuliebe

Die Planung Schlossberg wurde im Herbst 2010 abgebrochen. Im Zusammenhang mit der Realisierung der Spange Nord hat der Kanton die Projektleitung für sich beansprucht.

30. Postulat 95 (2010–2012), Hans Stutz und Monika Senn Berger namens der G/JG-Fraktion, vom 10. August 2010 (überwiesen am 23. September 2010):

Kein Grillverbot im öffentlichen Raum

Das auf Stufe Verwaltung andiskutierte mögliche Grillverbot in den Grünanlagen der Stadt Luzern wurde weder im neuen Reglement über die Nutzung des öffentlichen Grundes vom 28. Oktober 2010 verankert noch in die Verordnung über die Nutzung des öffentlichen Grundes vom 16. März 2011 aufgenommen. Das Anliegen der Postulanten wurde vollständig berücksichtigt.

31. Postulat 96 (2010–2012), Urs Wollenmann und Werner Schmid namens der SVP-Fraktion, vom 12. August 2010 (teilweise überwiesen am 27. Januar 2011):

Mittagstisch: Die Schule ist für die Kinder da – nicht umgekehrt!

Mit der entsprechenden Verordnungsänderung per 1. Januar 2011 wurde das teilweise überwiesene Anliegen des Postulats (Besuch eines Betreuungselements an nur einem Tag pro Woche) erfüllt.

II. Verlängerung der Erledigungsfrist

1. Verlängerung um ein weiteres, zweites Jahr

Für die folgenden Vorstösse wurde durch die GPK bereits eine Verlängerung der Erledigungsfrist um ein Jahr bewilligt. Der Stadtrat stellt für diese Vorstösse einen Verlängerungsantrag um ein weiteres, zweites Jahr. Zuständig dafür ist der Grosse Stadtrat (Art. 87 Abs. 2b Geschäftsreglement).

1. Motion 240 (2004–2009), Dorothée Kipfer und Alex Schönenberger namens der SP-Fraktion, vom 16. Februar 2007 (als Postulat überwiesen am 21. Februar 2008):

Netzwerk: Soforthilfe für Alzheimerkranke und Demente zuhause

Das Thema soll im Rahmen des B+A „Altern in Luzern – ein Entwicklungskonzept“ (Arbeitstitel) behandelt werden, der voraussichtlich im Oktober 2011 dem Parlament vorgelegt wird.

2. Motion 255 (2004–2009), Agatha Fausch Wespe namens der G/JG-Fraktion, vom 13. März 2007 (als Postulat überwiesen am 17. April 2008):

Ein Leitbild für Gemeinschaft, Gesundheit und ein sinnerfülltes Leben im Alter 60plus

Das Thema soll im Rahmen des B+A „Altern in Luzern – ein Entwicklungskonzept“ (Arbeitstitel) behandelt werden, der voraussichtlich im Oktober 2011 dem Parlament vorgelegt wird.

3. Motion 256 (2004–2009), Agatha Fausch Wespe und Edith Lanfranconi-Laubé namens der G/JG-Fraktion, vom 13. März 2007 (als Postulat überwiesen am 17. April 2008):

Ein Konzept zur Förderung der Gesundheit im Alter 60plus

Das Thema soll im Rahmen des B+A „Altern in Luzern – ein Entwicklungskonzept“ (Arbeitstitel) behandelt werden, der voraussichtlich im Oktober 2011 dem Parlament vorgelegt wird.

4. Postulat 277 (2004–2009) Edith Lanfranconi-Laubé namens der G/JG-Fraktion, vom 3. Mai 2007 (überwiesen am 24. Januar 2008):

Stadtmuseum im Am-Rhyn-Haus

Die Abschreibung wird mit dem neuen B+A „Detailliertes Betriebs- und Nutzungskonzept Am-Rhyn-Haus“ beantragt, der zurzeit in Erarbeitung ist.

5. Motion 285 (2004–2009), Markus Mächler namens der CVP-Fraktion, vom 1. Juni 2007 (als Postulat überwiesen am 15. Mai 2008):

Angleichung von Bauvorschriften in der Agglomeration Luzern

Die Motion wurde als Postulat entgegengenommen. Zurzeit ist STEN mit der BZO-Revision beschäftigt. Gemeindevertreter der angrenzenden Gemeinden waren am Entwicklungsprozess beteiligt. Nach Abschluss der BZO-Revision wird sich STEN mit den Nachbargemeinden absprechen, wie eine Koordination der Bauvorschriften erfolgen soll und kann. Dabei ist auch die interkantonale Vereinbarung über die Harmonisierung der Baubegriffe zu berücksichtigen.

6. Postulat 347 (2004–2009), Rolf Hilber namens der CVP-Fraktion, vom 10. Februar 2007 (überwiesen am 24. Januar 2008):

Frisches Leben in alten Räumen

Die Abschreibung wird mit dem neuen B+A „Detailliertes Betriebs- und Nutzungskonzept Am-Rhyn-Haus“ beantragt, der zurzeit in Erarbeitung ist.

7. Postulat 388 (2004–2009), Christa Stocker Odermatt namens der G/JG-Fraktion, vom 16. April 2008 (überwiesen am 15. Mai 2008):

Die Gütschbahn muss gerettet werden

Die Stadt Luzern ist am Erhalt der Gütschbahn interessiert. Sie steht mit dem Chateau Gütsch und einer Wohnbaugenossenschaft in entsprechenden Verhandlungen.

2. Verlängerung um ein weiteres, drittes Jahr

Für den folgenden Vorstoss wurde nach der GPK durch den Grossen Stadtrat bereits eine Verlängerung der Erledigungsfrist um ein Jahr bewilligt. Der Stadtrat stellt für diesen Vorstoss einen Verlängerungsantrag um ein weiteres, drittes Jahr.

1. Motion 136 (2004–2009), Rolf Hilber namens der CVP-Fraktion, vom 20. April 2006 (überwiesen am 8. Februar 2007):

Grendel: Tor zum Marktplatz Altstadt im Umbruch

Die Planung der Umgestaltung des Grendels unter Einbezug der Interessierten wurde 2010 gestartet.

3. Verlängerung um ein weiteres, viertes oder zusätzliches Jahr

Für die folgenden Vorstösse wurde durch den Grossen Stadtrat bereits eine Verlängerung der Erledigungsfrist um zwei oder mehrere Jahre bewilligt. Der Stadtrat stellt für diese Vorstösse einen Verlängerungsantrag um ein weiteres, viertes oder zusätzliches Jahr.

1. Motion 142 (2000/2004), Cony Grünenfelder und Peter Muheim namens der GB-Fraktion, vom 6. September 2001 (überwiesen am 21. November 2002):
Stadtreparatur am Pilatusplatz vorantreiben

Studien über den Pilatusplatz sind erstellt. Die planungsrechtliche Umsetzung erfolgt im Rahmen der 2. Phase der BZO-Revision. Diese wird voraussichtlich im Jahr 2012 rechtskräftig.

2. Postulat 320 (2000/2004), Christa Stocker Odermatt namens der GB-Fraktion, vom 29. September 2003 (überwiesen am 6. Mai 2004):
Neugestaltung des St. Karli-Quais prüfen

Nach der Verkehrsfreimachung und Umgestaltung des Mühlenplatzes und der Erweiterung des Parkhauses Altstadt (Zentrum) wird auch die Aufwertung des St.-Karli-Quais geprüft. Da die Ressourcen und Investitionsmittel der Verwaltung beschränkt sind und dem Projekt nicht die höchste Priorität zukommt, kann vorläufig nicht mit einer Bearbeitung gerechnet werden.

3. Postulat 23 (2004/2009), Christa Stocker Odermatt namens der GB/JG-Fraktion und Peter Henauer namens der SP-Fraktion, vom 15. November 2004 (überwiesen am 21. April 2005):
Kombispur für Velo und Bus auf der Alpenstrasse

Sobald der Verkehr in der Innenstadt reduziert werden kann, wird die Kombispur realisiert werden. Die Radverbindung ist in den Richtplänen (kommunal und kantonal) enthalten, sodass sie realisiert werden muss, sobald sich die Möglichkeit ergibt. Ohne Verkehrsreduktion in der Innenstadt von Luzern ist dies aber nicht möglich.

4. Postulat 24 (2004/2009), Anita Weingartner namens der SP-Fraktion, vom 30. November 2004 (überwiesen am 9. Juni 2005):
Mehr Sicherheit auf der Strasse zum Primarschulhaus Büttenen und zu den Kindergärten Büttenhalde

Die Büttenenstrasse ist seit 2011 eine öffentliche Strasse. Zusammen mit der Verlängerung der Trolleybuslinie soll die Strasse mit Tempo 30 belegt werden.

5. Postulat 27 (2004/2008), Christa Stocker Odermatt namens der GB/JG-Fraktion, vom 1. Dezember 2004 (teilweise überwiesen am 30. Juni 2005):

Stadtreparatur am Kasernenplatz vorantreiben

Im Rahmen der BZO-Revision wird geprüft, welche planungsrechtlichen Voraussetzungen vorzusehen sind, damit die angestrebte Stadtreparatur ermöglicht werden kann. Weitere Massnahmen sind zurzeit nicht möglich.

6. Postulat 30 (2004–2009), Beat Züsli namens der SP-Fraktion, vom 7. Dezember 2004 (überwiesen am 30. Juni 2005):

Städtebauliche Aufwertung des Kasernenplatzes

Im Rahmen der BZO-Revision wird geprüft, welche planungsrechtlichen Voraussetzungen vorzusehen sind, damit die angestrebte Stadtreparatur ermöglicht werden kann. Weitere Massnahmen sind zurzeit nicht möglich.

7. Postulat 73 (2004/2009), Lathan Suntharalingam namens der SP Fraktion, vom 30. Juni 2005 (überwiesen am 26. Januar 2006):

Alarmierende Situation der Jugendarbeitslosigkeit – Schulabgängerinnen und -abgänger ohne Lehrstelle

Das revidierte Bundesgesetz über die obligatorische Arbeitslosenversicherung und die Insolvenzentschädigung (Arbeitslosenversicherungsgesetz, AVIG) ist seit 1. April 2011 in Kraft. Für die im Postulat aufgeführte Zielgruppe bringt die Revision eine massive Verschlechterung der Leistungen. Die Auswirkungen müssen beobachtet und allfällige Massnahmen ergriffen werden.

III. Antrag

Unter Hinweis auf die Begründungen beantragt Ihnen der Stadtrat, die Motionen und Postulate unter I., Ziffern 1–31 als erledigt abzuschreiben.

Gleichzeitig beantragt er Ihnen, die Erledigungsfrist der Motionen und Postulate unter:

II.1., Ziffern 1–7, um ein weiteres, zweites Jahr zu verlängern

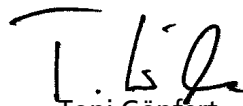
II.2., Ziffer 1, um ein weiteres, drittes Jahr zu verlängern

II.3., Ziffern 1–7, um ein weiteres, viertes oder zusätzliches Jahr zu verlängern

Luzern, 20. April 2011



Urs W. Studer
Stadtpräsident



Toni Göpfert
Stadtschreiber



Der Grosse Stadtrat von Luzern,

nach Kenntnisnahme vom Bericht und Antrag 8 vom 20. April 2011 betreffend

Abschreibung von Motionen und Postulaten,

gestützt auf den Bericht der Geschäftsprüfungskommission,

in Anwendung von Art. 87 Abs. 2 lit. b und Abs. 4 des Geschäftsreglements des Grossen Stadtrates von Luzern vom 11. Mai 2000,

beschliesst:

1. Die Motionen und die Postulate gemäss I., Ziffern 1–31, werden abgeschrieben.
2. Die Erledigungsfrist der Motionen und der Postulate gemäss II.1., Ziffern 1–7, wird um ein weiteres, zweites Jahr verlängert.
3. Die Erledigungsfrist der Motion gemäss II.2., Ziffer 1, wird um ein weiteres, drittes Jahr verlängert.
4. Die Erledigungsfrist der Motion und der Postulate gemäss II.3., Ziffern 1–7, wird um ein weiteres, viertes oder zusätzliches Jahr verlängert.

Anhang 1

Für die folgenden Vorstösse stellt der Stadtrat gemäss Art. 87 Abs. 2 lit. a des Geschäftsreglements des Grossen Stadtrates der Geschäftsprüfungskommission einen begründeten Antrag, die Erledigungsfrist um ein Jahr zu verlängern. Es handelt sich dabei um Vorstösse, deren Frist zwischen dem 1. Januar und dem 30. Juni 2011 abläuft:

1. Motion 417 (2004–2009), Katharina Hubacher namens der G/JG-Fraktion, vom 16. Juni 2008 (überwiesen am 25. Juni 2009):

Wer macht was? Öffentlicher Raum in der Stadt Luzern

Aus Ressourcengründen war es bisher nicht möglich, den gewünschten Bericht zu erstellen.

2. Motion 419 (2004–2009), Albert Schwarzenbach namens der CVP-Fraktion, Dominik Durrer namens der SP-Fraktion und Christa Stocker Odermatt namens der G/JG-Fraktion, vom 23. Juni 2008 (überwiesen am 7. Mai 2009):

Velofreundliche Altstadt: Planungsbericht Veloparking für die Altstadt erstellen

Grundsätzlich wird die Zahl der bestehenden Veloparkplätze in diesem Bereich als genügend erachtet. Die Thematik „Veloparkierung in der Altstadt“ ist aber im Zusammenhang mit der Neugestaltung Grendel in Bearbeitung.

3. Postulat 422 (2004–2009), Christa Stocker Odermatt und Agatha Fausch Wespe namens der G/JG-Fraktion, vom 14. Juli 2008 (überwiesen am 29. Januar 2009):

Eine zuverlässige, durchgehende Kinderbetreuung bereitstellen

Der Stadtrat plant, dem Parlament im Herbst 2011 einen B+A zur schulergänzenden Kinderbetreuung vorzulegen.

4. Motion 435 (2004–2009), Sonja Döbeli Stirnemann und Laura Grüter Bachmann namens der FDP-Fraktion, vom 8. September 2008 (überwiesen am 4. Juni 2009):

Linkes Seeufer: Von der Schmutzecke zur Uferpromenade

Der Start eines Projekts zur Aufwertung des linken Seeufers wurde aufgeschoben, weil in diesem Bereich bis Ende 2010 die Standortabklärung für die Salle Modulable vorgenommen wurde.

5. Postulat 453 (2004–2009), Ylfete Fanaj namens der SP-Fraktion, vom 24. Oktober 2008 (teilweise überwiesen am 4. Juni 2009):

Abgabe von Abstimmungs- und Wahlunterlagen an niedergelassene Ausländerinnen und Ausländer

Die notwendigen Abklärungen und Verhandlungen, u.a. mit dem Kanton Luzern, sind noch nicht abgeschlossen. Umsetzungsmöglichkeiten sind durch den Kanton noch nicht geklärt.

6. Postulat 457 (2004–2009), Sonja Döbeli Stirnemann namens der FDP-Fraktion, vom 11. November 2008 (überwiesen am 4. Juni 2009):

Einzonen-Abo für die Zonen 10/20

Der Stadtrat hat sich über seine Delegierten beim Zweckverband ÖVL für die Prüfung dieses Anliegens eingesetzt. Der Verkehrsverbund Luzern hat als Nachfolgeorganisation die Weiterentwicklung des Tarifverbunds Passepartout gemeinsam mit den Kantonen Ob- und Nidwalden übernommen. Dazu gehört auch die Überprüfung der Zonenstruktur für Abonnemente. Das aktuelle Angebot wird zurzeit analysiert, um anschliessend neue Lösungen zu erarbeiten.

7. Postulat 458 (2004–2009), Sonja Döbeli Stirnemann namens der FDP-Fraktion, vom 11. November 2008 (überwiesen am 4. Juni 2009):

Vbl-Zonenplan an die städtischen Realitäten anpassen

Die Zoneneinteilung des Agglomerationsverkehrs wird aktuell durch den Verkehrsverbund Luzern analysiert. Aufgrund der Komplexität von allfälligen Zonenanpassungen und der dadurch bedingten Einnahmenveränderungen benötigt eine Neueinteilung einen angemessenen Vorlauf.

8. Postulat 465 (2004–2009), Christa Stocker Odermatt namens der G/JG-Fraktion, vom 16. Dezember 2008 (überwiesen am 4. Juni 2009):

Tourismus-, Arbeits- und Wohnstadt mit attraktivem Bahnhof

Im Zusammenhang mit der laufenden Planung des Tiefbahnhofs Luzern werden auch die Personenströme im Bahnhof Luzern überprüft. Die Anliegen des Postulats werden in die Verbesserungen einfließen.

Anhang 2

Folgende Vorstösse werden separat mit einem Bericht und Antrag zur Abschreibung beantragt:

Keine

Anhang 3

Für die folgenden Motionen und Postulate kann noch kein Abschreibungsantrag gestellt werden bzw. läuft die Erledigungsfrist gemäss Art. 87 Abs. 1 des Geschäftsreglements des Grossen Stadtrates noch nicht ab:

1. Postulat 48 (2004–2009), Markus Mächler und Rolf Hilber namens der CVP-Fraktion, vom 4. April 2005 (überwiesen am 3. November 2005; Frist verlängert bis 3. November 2011):
Für eine Begegnungszone im Löwengraben-West
2. Postulat 131 (2004–2009), Christa Stocker Odermatt namens der GB/JG-Fraktion, vom 21. März 2006 (überwiesen am 28. September 2006; Frist verlängert bis 28. September 2011):
Rollstuhlgängige Verkehrserschliessungen optimieren
3. Postulat 133 (2004–2009), Lathan Suntharalingam namens der SP-Fraktion, vom 30. Mai 2006 (überwiesen am 14. Dezember 2006; Frist verlängert bis 14. Dezember 2011):
Mehr Quartier- und Jugendarbeit
4. Motion 140 (2004–2009), Katharina Hubacher namens der GB/JG-Fraktion, vom 15. Mai 2006 (überwiesen am 28. September 2006; Frist verlängert bis 28. September 2011):
Flankierende Massnahmen zum Schutz der AnwohnerInnen vor zusätzlichem Verkehr nach der Tieflegung der Zentralbahn
5. Postulat 254 (2004–2009), Dorothée Kipfer und Alex Schönenberger namens der SP-Fraktion, vom 13. März 2007 (teilweise überwiesen am 22. November 2007; Frist verlängert bis 22. November 2011):
Sicherheit und Lebenssinn für alle Generationen im Quartier
6. Postulat 264 (2004–2009), Christoph Brun namens der FDP-Fraktion, vom 16. April 2007 (überwiesen am 8. November 2007; Frist verlängert bis 8. November 2011):
Reduktion der Missstände im Umfeld der Party- und Ausgehszene!
7. Postulat 372 (2004–2009), Ylfete Fanaj und Andreas Wüest namens der SP-Fraktion und Korintha Bärtsch namens der G/JG-Fraktion, vom 3. März 2008 (überwiesen am 23. Oktober 2008; Frist verlängert bis 23. Oktober 2011)
Beitritt der Stadt Luzern zur Europäischen Städte-Koalition gegen Rassismus
8. Postulat 373 (2004–2009), Markus Elsener namens der SP-Fraktion und Edith Lanfranconi-Laube namens der G/JG-Fraktion, vom 10. März 2008 (überwiesen am 23. Oktober 2008; Frist verlängert bis 23. Oktober 2011):
2x gratis ins Museum

9. Postulat 374 (2004–2009), Silvio Bonzanigo namens der CVP-Fraktion, vom 11. März 2008 (überwiesen am 23. Oktober 2008):
Strassenmusik von Kindern verhindert Bildung und missachtet das Verbot der Kinderarbeit
10. Motion 380 (2004–2009), Albert Schwarzenbach namens der CVP-Fraktion und Dominik Durrer namens der SP-Fraktion, vom 11. April 2008 (überwiesen am 25. September 2008; Frist verlängert bis 25. September 2011):
Planung Grendel/Löwengraben – eine Chance für die Luzerner Altstadt
11. Postulat 390 (2004–2009), Christa Stocker Odermatt namens der G/JG-Fraktion und Dominik Durrer namens der SP-Fraktion, vom 18. April 2008 (überwiesen am 23. Oktober 2008; Frist verlängert bis 23. Oktober 2011):
Genügend Veloparkplätze am Bahnhof und in der Neustadt
12. Postulat 394 (2004–2009), Trudi Bissig-Kenel namens der FDP-Fraktion, vom 21. April 2008 (überwiesen am 18. Dezember 2008; Frist verlängert bis 18. Dezember 2011):
Die Politik braucht Räume der Stadt
13. Volksmotion 397 (2004–2009), Franziska Bürgi, Manuel Späni, Daniel Gähwiler und Mitunterzeichner/innen, vom 2. Mai 2008 (als Postulat überwiesen am 3. September 2009):
Einführung der offenen und aufsuchenden Gassenarbeit
14. Postulat 404 (2004–2009), Edith Lanfranconi-Laube namens der G/JG-Fraktion und Ylfete Fanaj namens der SP-Fraktion, vom 13. Mai 2008 (überwiesen am 18. Dezember 2008; Frist verlängert bis 18. Dezember 2011):
Gute Startchancen durch Integrationsförderung in der Vorschulbetreuung
15. Postulat 409 (2004–2009), Dominik Durrer namens der SP-Fraktion, Pius Suter namens der CVP-Fraktion und Hans Stutz namens der G/JG-Fraktion, vom 27. Mai 2008 (überwiesen am 18. Dezember 2008; Frist verlängert bis 18. Dezember 2011):
Sperrung der Bahnhofstrasse beim Luzerner Theater zur attraktiven Durchführung des Wochenmarktes am Dienstag
16. Postulat 414 (2004–2009), Dominik Durrer und Gaby Schmidt namens der SP-Fraktion, vom 6. Juni 2008 (teilweise überwiesen am 18. Dezember 2008; Frist verlängert bis 18. Dezember 2011):
Kein Abbau bei der städtischen Quartierpolitik: Weiterentwicklung der Quartierpolizei
17. Postulat 415 (2004–2009), Markus Mächler namens der CVP-Fraktion, vom 6. Juni 2008 (überwiesen am 18. Dezember 2008; Frist verlängert bis 18. Dezember 2011):
Wie kann die Quartiersversorgung erneuert werden?

18. Postulat 416 (2004–2009), Pius Suter namens der CVP-Fraktion, Josef Burri namens der FDP-Fraktion und Dominik Durrer namens der SP-Fraktion, vom 6. Juni 2008 (überwiesen am 18. Dezember 2008; Frist verlängert bis 18. Dezember 2011):
Neugestaltung Bahnhofstrasse
19. Postulat 433 (2004–2009), David Roth namens der SP-Fraktion, vom 4. September 2008 (überwiesen am 18. Dezember 2008; Frist verlängert bis 18. Dezember 2011):
Auswertung der Videoüberwachung
20. Motion 441 (2004–2009), Urs Wollenmann namens der SVP-Fraktion, Franziska Bitzi Staub namens der CVP-Fraktion und Trudi Bissig-Kenel namens der FDP-Fraktion, vom 22. September 2008 (als Postulat überwiesen am 24. September 2009):
Obligatorische Deutschtests für Einbürgerungswillige
21. Motion 443 (2004–2009), Ylfete Fanaj namens der SP-Fraktion und Verena Zellweger-Heggli, vom 3. Oktober 2008 (als Postulat überwiesen am 18. Dezember 2008; Frist verlängert bis 18. Dezember 2011):
Verbindliche Frühsprachförderung ab dem dritten Altersjahr
22. Motion 456 (2004–2009), Philipp Federer und Monika Senn Berger namens der G/JG-Fraktion, vom 3. November 2008 (als Postulat überwiesen am 3. September 2009):
Leistungsausbau im Busverkehr zwischen Littau/Reussbühl und Luzern
23. Motion 461 (2004–2009), Christoph Brun und Claudia Portmann-de Simoni namens der FDP-Fraktion, vom 1. Dezember 2008 (als Postulat überwiesen am 17. Dezember 2009):
Chancen ausnützen: Areal altes Hallenbad umnutzen!
24. Motion 475 (2004–2009), Philipp Federer namens der G/JG-Fraktion vom 30. Januar 2009 (überwiesen am 25. März 2010):
Für eine ausgewogene Informationspolitik
25. Motion 476 (2004–2009), Luzia Vetterli namens SP-Fraktion, vom 2. Februar 2009 (als Postulat überwiesen am 17. Dezember 2009):
Schaffung einer Ombudsstelle
26. Motion 477 (2004–2009), Beat Züsli und Luzia Vetterli namens der SP-Fraktion sowie Urs Wollenmann und Werner Schmid namens der SVP-Fraktion, vom 2. Februar 2009 (überwiesen am 25. März 2010):
Kommunikation bei Wahlen und Abstimmungen
27. Postulat 505 (2004–2009), Anita Weingartner-Isaak namens der SP-Fraktion, vom 27. März 2009 (überwiesen am 24. September 2009):
Bushäuschen: Kleine Massnahme – geschätzte Dienstleistung

28. Motion 507 (2004–2009), Albert Schwarzenbach und Verena Zellweger-Heggli namens der CVP-Fraktion, vom 31. März 2009 (überwiesen am 20. Mai 2010):
Massnahmen gegen die Abwanderung der Studierenden der Hochschule Luzern Wirtschaft
29. Postulat 510 (2004–2009), Laura Grüter Bachmann namens der FDP-Fraktion, vom 20. April 2009 (überwiesen am 17. Dezember 2009):
Förderung des Kongresstourismus in Luzern
30. Postulat 514 (2004–2009), Philipp Federer namens der G/JG-Fraktion, vom 28. April 2009 (überwiesen am 24. September 2009):
Abgeriegelter oder offener Bahnhof
31. Postulat 518 (2004–2009), Edith Lanfranconi-Laubé namens der G/JG-Fraktion und Markus Elsener namens der SP-Fraktion, vom 20. Mai 2009 (überwiesen am 24. September 2009):
Nur ein Mobilfunknetz für die Stadt Luzern – Reduktion der Strahlenbelastung in Wohnquartieren
32. Motion 527 (2004–2009), Alice Heijman namens der Geschäftsprüfungskommission, vom 30. Juni 2009 (überwiesen am 17. Dezember 2009):
Für die Neuordnung des Finanzinspektorats
33. Postulat 535 (2004–2009), Rolf Krummenacher namens der Sozialkommission, vom 18. August 2009 (überwiesen am 3. September 2009):
Zusatzleistungen für Familien und Alleinerziehende im Kanton Luzern
34. Postulat 540 (2004–2009), Yves Holenweger namens der SVP-Fraktion, vom 13. Oktober 2009 (teilweise überwiesen am 17. Dezember 2009):
Steuererhöhung – Nein! Die gebundenen Ausgaben müssen gekürzt werden
35. Postulat 542 (2004–2009), Yves Holenweger namens der SVP-Fraktion, vom 15. Oktober 2009 (teilweise überwiesen am 17. Dezember 2009):
Steuererhöhung – Nein! Auch die frei bestimmbaren Ausgaben müssen gekürzt werden!
36. Postulat 563 (2004–2009), Agatha Fausch Wespe namens der G/JG-Fraktion und Alex Schönenberger namens SP/JUSO-Fraktion, vom 28. Dezember 2009 (teilweise überwiesen am 14. Januar 2010):
Aus Erfahrungen lernen: Projekt-Evaluation der Gemeindefusion erweitern
37. Postulat 2 (2010–2012), Luzia Vetterli und Dominik Durrer namens SP-/JUSO-Fraktion, Katharina Hubacher und Hans Stutz namens der G/JG-Fraktion und Rolf Krummenacher, vom 4. Januar 2010 (teilweise überwiesen am 14. Januar 2010):
Programmatische Bestimmungen in der GO?

38. Postulat 4 (2010–2012), Martin Merki namens der FDP-Fraktion, vom 5. Januar 2010 (teilweise überwiesen am 4. März 2010):
Qualitativ gute Kopien auf die Spreuerbrücke
39. Postulat 21 (2010–2012), Markus Elsener namens der SP/JUSO-Fraktion, vom 22. Februar 2010 (überwiesen am 10. Juni 2010):
Faires Sparpaket 2011 – keine Umverteilung von unten nach oben!
40. Postulat 24 (2010–2012), Nina Laky namens der SP/JUSO-Fraktion, vom 23. Februar 2010 (teilweise überwiesen am 23. September 2010):
Platz für Jugendkultur in Luzern Nord – wo bestehen Chancen?
41. Motion 27 (2010–2012), Josef Wicki namens der FDP-Fraktion, vom 2. März 2010 (als Postulat überwiesen am 23. September 2010):
Revision der Bau- und Zonenordnung: Erneuerbare Energie als relevantes Kriterium für intensivere Bodennutzung
42. Motion 31 (2010–2012), Verena Zellweger-Heggli namens der CVP-Fraktion, vom 3. März 2010 (überwiesen am 24. März 2011):
Anpassung bzw. Ergänzung der Namensbezeichnung der entsprechenden Direktion: „Direktion für Bildung, Sport und Kultur“
43. Motion 33 (2010–2012), Franziska Bitzi Staub namens der Spezialkommission Teilrevision der Gemeindeordnung, vom 8. März 2010 (überwiesen am 10. Juni 2010):
Baldige Revision Gemeindeordnung
44. Postulat 34 (2010–2012), Agatha Fausch Wespe namens der G/JG-Fraktion und Theres Vinatzer namens der SP/JUSO-Fraktion, vom 9. März 2010 (als Postulat überwiesen am 28. Oktober 2010):
Neuer Stadtplan für die fusionierte Stadt Luzern-Littau
45. Postulat 40 (2010–2012), Edith Lanfranconi-Laube und Agatha Fausch Wespe namens der G/JG-Fraktion sowie Theres Vinatzer und Luzia Mumenthaler namens der SP-Fraktion und Verena Zellweger-Heggli, vom 23. März 2010 (überwiesen am 29. April 2010):
Mittagstisch-Angebot für die Oberstufe
46. Postulat 49 (2010–2012), Josef Wicki und René Baumann namens der FDP-Fraktion, vom 7. April 2010 (überwiesen am 28. Oktober 2010):
15-Minuten-Takt für Bahnhof Littau
47. Postulat 53 (2010–2012), Désirée Stocker namens der GLP-Fraktion, vom 19. April 2010 (überwiesen am 29. April 2010):
Velofahrunterricht in der 5. Klasse weiterhin durch Polizei

48. Postulat 55 (2010–2012), Daniel Erni namens der SVP-Fraktion, vom 21. April 2010 (überwiesen am 11. November 2010):
Gleich günstige Strompreise in der ganzen fusionierten Stadt Luzern
49. Postulat 56 (2010–2012), Jörg Krähenbühl, vom 22. April 2010 (überwiesen am 28. Oktober 2010):
Begegnung von Jung und Alt – mit Erzählcafés und Ausstellungen
50. Postulat 57 (2010–2012), Edith Lanfranconi-Laube namens der G/JG-Fraktion, Nina Laky sowie Ylfete Fanaj namens der SP/JUSO-Fraktion und Désirée Stocker namens der GLP-Fraktion, vom 23. April 2010 (überwiesen am 11. November 2010):
Lehrstellen in der städtischen Verwaltung für Jugendliche ohne geregelten Aufenthalt
51. Motion 71 (2010–2012), Luzia Mumenthaler-Stofer namens der SP/JUSO-Fraktion, Philipp Federer namens der G/JG-Fraktion und Urs Wollenmann, vom 7. Juni 2010 (überwiesen am 28. Oktober 2010):
Leitbild Sport und Sportförderung in der Stadt Luzern
52. Motion 75 (2010–2012), Urs Wollenmann und Jörg Krähenbühl namens der SVP-Fraktion, vom 10. Juni 2010 (überwiesen am 27. Januar 2011):
Wer in Luzern wohnt, soll auch in Luzern steuern
53. Postulat 79 (2010–2012), Theres Vinatzer namens der SP/JUSO-Fraktion, vom 28. Juni 2010 (überwiesen am 16. Dezember 2010):
Pflegefinanzierung: Ausgleichszahlung des Kantons an die Gemeinden für 2011
54. Postulat 80 (2010–2012), David Roth und Nina Laky namens der SP/JUSO-Fraktion, vom 28. Juni 2010 (überwiesen am 27. Januar 2011):
Problemlösung bei Kinderbettelei
55. Volksmotion 90 (2010–2012), Christoph Merlo, Daniel Ess, Hans Durrer und Mitunterzeichner/innen, vom 13. Juli 2010 (überwiesen am 16. Dezember 2010):
Ausarbeitung Projekt Schulanlage Felsberg mit Erhalt der Mammutbäume
56. Postulat 91 (2010–2012), Ylfete Fanaj namens der SP/JUSO-Fraktion, vom 14. Juli 2010 (überwiesen am 11. November 2010):
Fallzahlbelastung im Vormundschaftsbereich
57. Postulat 99 (2010–2012), Korintha Bärtsch namens der G/JG-Fraktion, vom 18. August 2010 (überwiesen am 24. März 2011):
Flankierende Massnahmen zum Rontalzubringer zügig umsetzen: Beschleunigung des Busverkehrs zwischen Ebikon und Luzern

58. Postulat 100 (2010–2012), Korintha Bärtsch und Katharina Hubacher namens der G/JG-Fraktion, vom 18. August 2010 (überwiesen am 27. Januar 2011):
Attraktiverer ÖV für das Rontal und die Stadt: Verlängerung der Linie 1 bis zum Bahnhof Ebikon
59. Postulat 101 (2010–2012), Manuela Jost namens der GLP-Fraktion, vom 27. August 2010 (überwiesen am 11. November 2010):
Erarbeitung der Vergabekriterien im Sinne des Prinzips der Gleichbehandlung
60. Postulat 103 (2010–2012), Luzia Vetterli namens der SP/JUSO-Fraktion, vom 31. August 2010 (überwiesen am 24. März 2011):
Aktionsplan Gleichstellung für die Stadt Luzern
61. Postulat 105 (2010–2012), Albert Schwarzenbach namens der CVP-Fraktion, vom 1. September 2010 (überwiesen am 24. März 2011):
Luzern-Nord: Stadt und Emmen sollen zusammenarbeiten
62. Postulat 108 (2010–2012), Désirée Stocker namens der GLP-Fraktion, Sonja Döbeli Stirnemann namens der FDP-Fraktion, Franziska Bitzi Staub namens der CVP-Fraktion, Luzia Vetterli namens der SP/JUSO-Fraktion und Edith Lanfranconi-Laube namens der G/JG-Fraktion, vom 9. September 2010 (überwiesen am 24. März 2011):
Teilzeit und Jobsharing: Beruf und Familie für Männer und Frauen in der Stadtverwaltung
63. Volksmotion 111 (2010–2012), Kurt Furrer und Mitunterzeichner/innen, vom 13. September 2010 (als Postulat überwiesen am 24. März 2011):
400'000'000 Franken für die Autobahn, 0 Franken für die Fusswege
64. Postulat 118 (2010–2012), Josef Wicki namens der FDP-Fraktion, vom 20. Oktober 2010 (überwiesen am 11. November 2010):
Beibehaltung des Mittwoch-Abendverkaufs im Ortsteil Littau
65. Motion 126 (2010–2012), Markus Mächler namens der CVP-Fraktion und Martin Merki namens der FDP-Fraktion, vom 17. November 2010 (als Postulat überwiesen am 27. Januar 2011):
Standort des Kantonsgerichts
66. Postulat 127 (2010–2012), Philipp Federer namens der G/JG-Fraktion, vom 19. November 2010 (teilweise überwiesen am 2. Dezember 2010):
Neue Voraussetzungen zur Fanarbeit – Die Stadt Luzern kann sich nicht aus der Verantwortung stellen
67. Postulat 130 (2010–2012), Josef Wicki namens der FDP-Fraktion, vom 24. November 2010 (teilweise überwiesen am 24. März 2011):
Olympische Winterspiele in der Zentralschweiz ohne Gigantismus – Host City: Luzern

68. Dringliches Postulat 149 (2010–2012), Daniel Wettstein und René Baumann namens der FDP-Fraktion sowie Markus Helfenstein, vom 14. Februar 2011 (überwiesen am 24. Februar 2011):
Moratorium für den Fasnachts-Amtsschimmel für ein Jahr!

Anhang 4

zu B+A 8/2011 Abschreibung von Motionen und Postulaten

Definitiver Beschluss des Grossen Stadtrates

(unter Berücksichtigung der im Grossen Stadtrat beschlossenen Änderungen)

Der Grosse Stadtrat von Luzern,

nach Kenntnisnahme vom Bericht und Antrag 8/2011 vom 20. April 2011 betreffend

Abschreibung von Motionen und Postulaten,

gestützt auf den Bericht der Geschäftsprüfungskommission,

in Anwendung von Art. 87 Abs. 2 lit. b und Abs. 4 des Geschäftsreglements des Grossen Stadtrates von Luzern vom 11. Mai 2000,

beschliesst:

1. Die Motionen und die Postulate gemäss I, Ziffern 1–31 werden abgeschrieben, ausgenommen die Ziffern 1, 3, 6, 7, 8, 13, 14, 15, 16, 20, 23, 25 und 27.
2. Die Erledigungsfrist der Motionen und Postulate gemäss II.1., Ziffern 1–7, wird um ein weiteres, zweites Jahr verlängert.
3. Die Erledigungsfrist der Motion gemäss II.2., Ziffer 1, wird um ein weiteres, drittes Jahr verlängert.
4. Die Erledigungsfrist der Motion und der Postulate gemäss II.3., Ziffern 1–7, wird um ein weiteres, viertes oder zusätzliches Jahr verlängert.

Luzern, 30. Juni 2011

Namens des Grossen Stadtrates von Luzern

Rolf Krummenacher
Ratspräsident

Hans Büchli
Leiter Sekretariat Grosser Stadtrat

